

# Forderungen der BJV Zur Reform von Wehr- und Zivildienst

Feber 2013



## Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage .....	2
2. Forderungen .....	3
a. Allgemeine Forderungen für die Reform von Wehr- und Zivildienst   Die BJV fordert: .....	3
b. Forderungen für die Reform des Wehrdienstes   Die BJV fordert: .....	3
c. Forderungen für die Reform des Zivildienstes   Die BJV fordert: .....	4

## 1. Ausgangslage

Nachdem bei der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013 über die Beibehaltung von allgemeiner Wehrpflicht und Zivildienst oder die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres 59,68% der gültigen Stimmen<sup>1</sup> für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und Zivildienst abgegeben wurden, bleiben diese für die kommenden Jahre erhalten. Im Zuge der Diskussionen rund um die Volksbefragung wurde aber klar, dass es sowohl bei Wehr- als auch Zivildienst großen Reformbedarf gibt.

Daher bringt sich die Bundesjugendvertretung (BJV), als gesetzliche Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen mit nachstehenden Forderungen in die Diskussion rund um diese Reformen ein. Oberstes Ziel dabei ist, dass die Reformen sich maßgeblich an den Interessen der jungen Menschen orientieren, da diese direkt davon betroffen sind. Daher muss die BJV bei den Verhandlungen rund um die Reformen von Wehr- und Zivildienst mit am Tisch sitzen.

---

<sup>1</sup> Vgl. Ergebnisse der Volksbefragung vom 20. Jänner 2013, Verlautbarung des Ergebnisses; [http://www.bmi.gv.at/cms/BMI\\_wahlen/volksbefragung/files/Erledigung\\_Sektion\\_III\\_BWB\\_Extern\\_30\\_01\\_2013\\_Verlautbarung\\_01022013.pdf](http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbefragung/files/Erledigung_Sektion_III_BWB_Extern_30_01_2013_Verlautbarung_01022013.pdf) [zuletzt abgerufen: 24.06. 2014]

## 2. Forderungen

### a. Allgemeine Forderungen für die Reform von Wehr- und Zivildienst | Die BJV fordert:

- **Volle Gleichstellung von Wehr- und Zivildienern.**
- **Unabhängige Informationen zu allen Alternativen** (also zu den verschiedenen Möglichkeiten den Wehr- oder Zivildienst abzuleisten) müssen jungen Männern spätestens zum Zeitpunkt der Musterung in verständlicher Weise zur Verfügung gestellt werden.
- **Faire Entlohnung für Wehr- und Zivildienere.** Hierbei sind verschiedene Modelle, wie etwa die weitere Ausbezahlung der Familienbeihilfe oder die Anhebung des Entgelts auf das Niveau der Mindestsicherung zu prüfen.
- **Ausbildung als bedeutender Teil von Wehr- und Zivildienst.** Der Anteil der Ausbildung soll erhöht werden, wichtig ist dabei aber auch, dass die **Anerkennung der Ausbildung** im Bildungssektor und am Arbeitsmarkt sichergestellt wird. Alle Wehr- und Zivildienere sollen dabei gewisse Ausbildungen erhalten, die im Interesse der Allgemeinheit sind, wie beispielsweise Erste-Hilfe-Kurse oder Feuerschutz-Kurse. Wehr- und Zivildienere sollen auch ein Anrecht auf Freistellungen für Weiterbildungsmaßnahmen haben, sowie das Recht auf Befreiung von Hochschul-Gebühren für die Dauer von Wehr- und Zivildienst.
- **Anrechnung als Vordienstzeiten.** Der Einsatz von Wehr- und Zivildienern müssen als Vordienstzeiten angerechnet werden.
- **Volle Freifahrt in den öffentlichen Verkehrsmitteln.** Wehr- und Zivildienere sollen in allen öffentlichen Verkehrsmitteln volle Freifahrt haben. Außerdem sollen sie Vorteile in anderen Bereichen, insbesondere der Kultur erhalten, beispielsweise durch gratis Zugang zu Museen.
- **Zuweisung bzw. Einberufung binnen Jahresfrist** oder schneller. Dadurch soll jungen Menschen in einer wichtigen Phase des Übergangs eine erhöhte Planungssicherheit für ihre unmittelbare Zukunft gegeben werden. Außerdem soll es für junge Männer eine effektive Möglichkeit geben, den Zeitpunkt der Zuweisung bzw. Einberufung zu beeinflussen und auch diese bis kurz vor Antritt zu ändern.

### b. Forderungen für die Reform des Wehrdienstes | Die BJV fordert:

- **(Demokratie-)Politische Bildung für alle Wehrdienere.** (Demokratie-)Politische Bildung soll ein fixer Bestandteil der Ausbildung der Rekruten sein.



- **Verpflichtende Aus- und Weiterbildung der AusbilderInnen.** Besonderer Schwerpunkt sollen dabei Aus- und Weiterbildungen im Bereich interkultureller Kompetenzen und von Anti-Rassismus Arbeit haben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die körperlich und psychologisch sehr anspruchsvolle Ausbildung der Rekruten von kompetenten Profis geleistet wird.
- **Verbesserung der Beschwerdemechanismen für Rekruten.** Dies soll eine unabhängige zivile Stelle sein, welche niederschwellig arbeitet und Rekruten proaktiv Informationen über ihre Rechte und die Beschwerdemechanismen zur Verfügung stellt. Ihre Arbeit soll zugänglich (insb. durch Präsenz in den Kasernen) transparent und nachvollziehbar sein.
- **Soldatenvertreter mit echten Befugnissen.** Aufwertung der bestehenden Soldatenvertreter, so dass diese beispielsweise bei der Gestaltung von Dienstplänen ein tatsächliches Mitspracherecht haben.
- **ADV-Reform.** Die allgemeine Dienstvorschrift soll reformiert werden, um die Rechte der Rekruten effektiv zu wahren. Die verbesserte Regelung der Arbeitszeiten soll den Rekruten auch eine gewisse Planungssicherheit für ihre Zeit beim Heer geben.
- **Effektive Mitsprache bei Dienstort und Funktion.** Rekruten sollen das Recht haben, ihren Dienstort und ihre Funktion tatsächlich beeinflussen zu können. Dabei soll sowohl auf ihre familiäre Situation als auch auf ihre Ausbildung bzw. Qualifikationen Rücksicht genommen werden.

## c. Forderungen für die Reform des Zivildienstes | Die BJV fordert:

- **Anpassung der Dauer des Zivildienstes an jene des Wehrdienstes.** Die BJV ist gegen eine ‚Bestrafung‘ der Zivildienstler durch einen längeren Dienst. Daher soll auch der Zivildienst auf 6 Monate reduziert werden. Außerdem soll die Förderung ehrenamtlichen Engagements für die Zeit nach dem Zivildienst größere Bedeutung erhalten.
- **Anerkennung von Freiwilligendiensten als Zivildienst.** Freiwilligendienste, wie beispielsweise das Freiwillige Soziale Jahr, sollen auch als Zivildienst anerkannt werden, da sie einen ebenso wertvollen und längeren Beitrag für die Gesellschaft leisten, wie der Zivildienst. Die Voraussetzungen für Vereine um als Trägerorganisationen anerkannt zu werden, sollen erleichtert werden, um auch kleineren Organisationen Zugang zu verschaffen. Auch die Einführung einer freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes etwa auf Basis des Freiwilligengesetzes wäre eine sinnvolle Ergänzung.
- **Bundes- und landesweite Zivildienstvertretung.** Zivildienstler sollen nicht nur auf Ebene der Trägerorganisationen durch Vertrauenspersonen vertreten werden, sondern es soll auf Bundes- und Landesebene eine effektive und unabhängige Vertretung für die Anliegen der Zivildienstler geben.

- **Angehende Zivildienstler sollen ein umfassenderes Recht auf Aufschub erhalten.** Wenn dies von ihnen gewünscht wird, sollen Zivildienstler die Möglichkeit haben Ausbildungen und Studium vor dem Zivildienst abzuschließen.
- **Wegfall der Gewissensfrage.** Das Recht, den Zivildienst als Ersatzdienst zum Wehrdienst anzutreten, sollen alle jungen Männer haben. Die Gewissensfrage gemäß § 1 Abs. 1 Zivildienstgesetz (ZDG) soll demnach gestrichen werden.
- **Beseitigung der Antragsfrist.**
- **Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität des Zivildienstes.**

